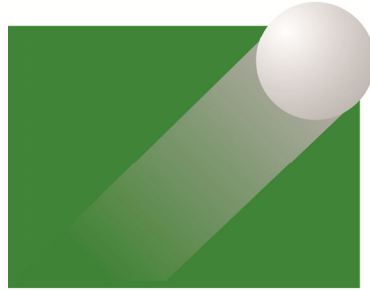


DBU



Deutsche
Billard
Union

Deutsche Billard-Union e.V.

Rechts- und Strafordnung

Stand: 05/2021

INHALTSVERZEICHNIS

1 ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN

- 1.1 Grundregel
- 1.2 Rechtsorgane
- 1.3 Rechtsgrundlagen
- 1.4 Ermessensentscheidungen

2 VERFAHRENSREGELN

- 2.1 Öffentlichkeit
- 2.2 Sitzungsrecht
- 2.3 Ausschluss und Ablehnung von Mitgliedern der Rechtsorgane
- 2.4 Anträge
- 2.5 Einsprüche
- 2.6 Zustellung, Vollstreckbarkeit
- 2.7 Wiedereinsetzung
- 2.8 Kostenvorschuss, Verfahrenskosten
- 2.9 Beweiserhebung
- 2.10 Strafverschärfungen
- 2.11 Verjährung
- 2.12 Zivilprozessordnung
- 2.13 Kommunikationsform

3 VERFAHREN

- 3.1 Verbandsgericht
 - 3.1.1 Zuständigkeit
 - 3.1.2 Besetzung
 - 3.1.3 Einzelrichterentscheidungen
 - 3.1.4 Vorbereitung der Verhandlung
 - 3.1.5 Beiladung
 - 3.1.6 Ablauf der Verhandlung
 - 3.1.7 Entscheidungen
 - 3.1.8 Alternatives Verfahren
 - 3.1.9 Einstweilige Anordnungen
 - 3.1.10 Wiederaufnahme
- 3.2 Sportrat

4 STRAFEN

- 4.1 Sanktionsgewalt und Strafarten
- 4.2 Verfahren bei Ausschluss aus der DBU
- 4.3 Verfahren bei Verhängung von Strafen durch die Straforgane
- 4.4 Rechtsgrundlagen
- 4.5 Sofortige Vollziehung

5 INKRAFTTRETEN

Anlage 1 – Katalog gem. Tz. 4.4 Absatz (1)

1 ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN

1.1 Grundregel

- (1) Die DBU übt im Rahmen ihrer Zuständigkeit gemäß **Tz. 14 Absatz (5)** der Satzung eine eigene Gerichtsbarkeit aus.
- (2) Der Gerichtsbarkeit der DBU unterliegen keine Streitigkeiten,
 - a) die sich aus den Rechtsbeziehungen der Landesverbände zu ihren Untergliederungen ergeben,
 - b) für die ein Rechtsorgan eines übergeordneten Verbandes zuständig ist.

1.2 Rechtsorgane

- (1) Rechtsorgane der DBU sind das Verbandsgericht und der Sportrat.
- (2) Das Verbandsgericht und der Sportrat sind als Rechtsorgane von den übrigen Organen der DBU unabhängig und nur an die Rechtsgrundlagen gebunden.

1.3 Rechtsgrundlagen

Rechtsgrundlagen sind alle von der DBU oder übergeordneten Institutionen erlassenen Satzungen und Ordnungen einschließlich Richtlinien und Bestimmungen.

1.4 Ermessensentscheidungen

- (1) Ermessensentscheidungen der Organe der DBU können von den Rechtsorganen nur auf Nichtgebrauch oder Fehlgebrauch des Ermessens überprüft werden.
- (2) Liegt ein Verstoß dagegen vor, sind aber mehrere Entscheidungsmöglichkeiten rechtlich zulässigerweise gegeben, so hebt das zuständige Rechtsorgan die Entscheidung auf und gibt sie unter Bekanntgabe seiner Rechtsauffassung zur erneuten Entscheidung an das zuständige Organ zurück.

2 VERFAHRENSREGELN

2.1 Öffentlichkeit

- (1) Die Verhandlungen des Verbandsgerichts sind für alle Zugehörigen zur DBU öffentlich, ansonsten nicht öffentlich. Der Verhandlungsleiter kann in besonderen Fällen die Zahl der Zuhörer begrenzen oder die Öffentlichkeit ausschließen, nicht aber die Parteien und deren Vertreter.
- (2) Die Verhandlungen des Sportrates sind nicht öffentlich.

2.2 Sitzungsrecht

Dem Verhandlungsleiter steht das Sitzungsrecht zu, er kann Personen nach vorausgegangener Verwarnung wegen ungebührlichen Verhaltens aus dem Sitzungssaal verweisen.

2.3 Ausschluss und Ablehnung von Mitgliedern der Rechtsorgane

- (1) Mitglieder der Rechtsorgane sind in Angelegenheiten, für die sie als Zeuge in Frage kommen oder die
 - a) sie selbst oder Angehörige
 - b) ihre eigene Entscheidung
 - c) eine von ihnen kraft Gesetzes oder Vollmacht vertretene Partei

unmittelbar betreffen, von der Ausübung ihres Amtes ausgeschlossen.
- (2) Als Angehörige gelten der Verlobte, der Ehegatte, der frühere Ehegatte, Verwandte oder Verschwägerter in gerader Linie, Geschwister und deren Kinder, Ehegatten der Geschwister, Geschwister der Ehegatten und Geschwister der Eltern.
- (3) Mitglieder der Rechtsorgane können auf Antrag einer Partei wegen Besorgnis der Befangenheit abgelehnt werden. Der Antrag ist zu begründen und kann nur vor der Verkündung einer Entscheidung gestellt werden. Über den Antrag entscheiden bei Einzelrichterentscheidungen der Einzelrichter selbst, ansonsten die übrigen Mitglieder des Verbandsggerichts. Stimmgleichheit bedeutet Befangenheit.
- (4) Ein Mitglied eines Rechtsorgans kann sich in begründeten Fällen selbst wegen Besorgnis der Befangenheit ablehnen.

2.4 Anträge

- (1) **Anträge an die Straforgane (Tz. 4.3) können nur durch**
 - a) die Landesverbände
 - b) **den** Hauptausschuss
 - c) **die** Mitglieder des Präsidiums
 - d) die deutsche Billardjugend, soweit es ihren Verantwortungsbereich betrifft

gestellt werden und sind über die Geschäftsstelle einzureichen.
- (2) **Der Antrag muss**
 - a) **die Parteien des Verfahrens bezeichnen,**
 - b) **eine Darstellung des zugrundeliegenden Tatbestandes enthalten,**
 - c) **einen bestimmten Antrag nebst Begründung enthalten,**
 - d) **Beweismittel benennen bzw. als Anlage enthalten,**
 - e) **die Einzahlung des Kostenvorschusses gemäß Tz. 2.8.1 Absatz (1) durch Beifügung eines aussagekräftigen Beleges nachweisen.**

2.5 Einsprüche

- (1) **Ein Einspruch gegen Entscheidungen der jeweiligen Straforgane kann durch den Betroffenen über die Geschäftsstelle nur binnen einer Frist von vier Wochen nach Zustellung der Entscheidung eingelegt werden. Der Einspruch hat aufschiebende Wirkung. Wird ein Einspruch nicht fristgerecht eingelegt, sind Entscheidungen vollstreckbar.**

(2) Der Einspruch muss

- a) die Parteien des Verfahrens bezeichnen,
- b) die angefochtene Entscheidung bezeichnen,
- c) einen bestimmten Antrag nebst Begründung enthalten,
- d) Beweismittel benennen bzw. als Anlage enthalten,
- e) die Einzahlung des Kostenvorschusses gemäß Tz. 2.8.1 Absatz (1) durch Beifügung eines aussagekräftigen Beleges nachweisen.

2.6 Zustellung, Vollstreckbarkeit

(1) Zustellungen gelten als bewirkt, wenn sie an die letzte der DBU bekannte Adresse versandt wurden.

(2) Die Entscheidungen des Verbandsgerichts sind mit ihrer Zustellung vollstreckbar.

2.7 Wiedereinsetzung

(1) Erfolgt die Nichteinhaltung der Frist ohne Verschulden des Betroffenen, wird ihm durch den Vorsitzenden Wiedereinsetzung gewährt. Der Antrag auf Wiedereinsetzung ist zusammen mit dem Einspruch binnen einer Frist von zwei Wochen nach Wegfall des Hindernisses zu stellen.

(2) Die Entschuldigungsgründe sind glaubhaft zu machen und auf Verlangen durch Übersendung geeigneter Unterlagen, z. B. Urkunden oder Zeugenaussagen, zu belegen.

2.8 Kostenvorschuss, Verfahrenskosten

(1) Anträge und Einsprüche etc. werden nur behandelt, wenn ein Kostenvorschuss in Höhe von 250,00 Euro dem Konto der DBU gutgeschrieben wurde. Dies gilt nicht für Anträge auf Erlass einer einstweiligen Anordnung gemäß Tz. 3.1.9. Bei Erlass einer einstweiligen Anordnung kann das Gericht eine Frist zur Einzahlung des Kostenvorschusses setzen und für den Fall der Nichteinzahlung die Aufhebung der getroffenen Anordnung vorbehalten.

(2) Die Strafbescheidsverfahren durch die Sportwarte bzw. das Präsidium sind kostenfrei.

(3) Bei Verfahren vor den Rechtsorganen bestehen die Kosten aus

- a) einer pauschalen Bearbeitungsgebühr von 100,00 Euro
- b) anfallenden Telefon- und Portokosten,
- c) den nach den DBU-Richtlinien anfallenden Reisekosten für alle tätigen Mitglieder des Rechtsorganes und alle geladenen Zeugen,
- d) den Kosten für Gutachten und Sachverständige.

Die Kosten entstehen für jeden Rechtszug gesondert.

(4) Anträge auf Erlass einer einstweiligen Anordnung gemäß Tz. 3.1.9 werden kostentechnisch als eigenständiges Verfahren behandelt, unabhängig davon, ob gleichzeitig oder später ein Verfahren in der Hauptsache durchgeführt wird.

(5) Die unterliegende Partei trägt die Kosten des Verfahrens. Im Falle eines teilweisen Obsiegens/Unterliegens sind die Kosten im Verhältnis zu teilen. Einer Partei können die Kosten ganz auferlegt werden, wenn die andere nur zu einem geringen Teil unterliegt.

(6) Die Kosten einer Partei selbst und die Kosten ihrer Vertreter, auch von Rechtsbeiständen werden nicht erstattet. Aufwendungen, die einem Beteiligten durch eigenes Verschulden oder Verschulden seines Vertreters entstehen, hat dieser selbst zu tragen.

2.9 Beweiserhebung

- (1) Die Rechtsorgane erheben Beweis durch
 - a) Augenschein,
 - b) Urkunden,
 - c) Gutachten von Sachverständigen,
 - d) Zeugenaussagen.
- (2) Geladene Zeugen, die der DBU angehören, sind verpflichtet zu erscheinen. Bleiben diese der Verhandlung trotz ordnungsgemäßer Ladung unentschuldigt fern, kann durch den Vorsitzenden gegen sie ein Ordnungsgeld in Höhe von 100,00 Euro verhängt werden.
- (3) Die Einholung eines Gutachtens und die Ladung von Zeugen kann von der Zahlung eines gesonderten Kostenvorschusses abhängig gemacht werden.

2.10 Strafverschärfungen

Von der Vorinstanz verhängte Strafen können im Einspruchsverfahren nicht erhöht werden.

2.11 Verjährung

- (1) Vorfälle, die zur Zeit der Anrufung eines Rechts- oder Straforgans mehr als ein Jahr zurückliegen, sind verjährt.
- (2) Für die Verjährung von finanziellen Forderungen der DBU und gegen sie gelten die Vorschriften des Bürgerlichen Rechtes (§§ 194 ff. BGB).

2.12 Zivilprozessordnung

Soweit diese Rechts- und Strafordnung keine Regelung trifft, gelten die Bestimmungen der ZPO sinngemäß.

2.13 Kommunikationsform

Soweit nicht ausdrücklich anders geregelt bzw. durch das zuständige Rechtsorgan bestimmt, erfolgt die Kommunikation in Textform; die elektronische Form ist zulässig.

3 VERFAHREN

3.1 Verbandsgericht

3.1.1 Zuständigkeit

- (1) Das Verbandsgericht ist Rechtsorgan der DBU und entscheidet
 - a) über Einsprüche gegen Entscheidungen der Mitgliederversammlung nach **Tz. 9.1 Buchstabe i) der Satzung**,
 - b) über Einsprüche gegen Sanktionsentscheidungen des Präsidiums, des Hauptausschusses oder der Mitgliederversammlung,
 - c) über alle sonstigen Streitigkeiten zwischen der DBU und ihren Landesverbänden oder den Landesverbänden untereinander, die zugleich einen Rechtsstreit nach bürgerlichem Recht darstellen und die ihren Grund in der Mitgliedschaft der DBU haben,
 - d) **über Beschwerden gegen Entscheidungen des Sportrates gemäß Tz. 3.2 Absatz (4) Satz (2)**,
 - e) über alle sonstigen Streitigkeiten zwischen der DBU und ihren Zugehörigen, die zugleich einen Rechtsstreit nach bürgerlichem Recht darstellen und die ihren Grund in der Zugehörigkeit zur DBU haben.
- (2) Im Bereich der Zuständigkeit des Verbandsgerichts nach **Absatz (1)** darf ein ordentliches Gericht nur und erst nach einer Entscheidung durch das Verbandsgericht angerufen werden. Zuvor ist durch Anrufung des Verbandsgerichts der Verbandsrechtsweg auszuschöpfen.
Ist das Verbandsgericht bei einer Entscheidung der Mitgliederversammlung oder bei der Sanktionsentscheidung eines Sportwartes oder des Präsidiums oder einer Entscheidung des Sportrates nicht in zulässiger Weise, insbesondere nicht innerhalb der dafür in der Rechts- und Strafordnung vorgesehenen Frist, angerufen worden, so gilt damit die Entscheidung der Mitgliederversammlung bzw. des Sportwartes, des Präsidiums bzw. des Sportrates als akzeptiert. Ein ordentliches Gericht kann gegen die Entscheidung nicht angerufen werden.
- (3) Gegen die Entscheidung des Verbandsgerichts kann ein ordentliches Gericht nur innerhalb von zwei Monaten nach Zustellung der Entscheidung angerufen werden.
- (4) Die Zulässigkeit der Anrufung des Verbandsgerichts kann von der Zahlung eines Kostenvorschusses abhängig gemacht werden.

3.1.2 Besetzung

Das Verbandsgericht trifft seine Entscheidungen in der Besetzung mit einem Vorsitzenden und zwei Beisitzern.

3.1.3 Einzelrichterentscheidungen

Entscheidungen können als Einzelrichterentscheidungen ergehen

- a) in Angelegenheiten von Einsprüchen gegen Strafbescheide von Sportwarten,
- b) in Fällen eines Antrags auf Erlass einer einstweiligen Anordnung.

3.1.4 Vorbereitung der Verhandlung

- (1) Der Vorsitzende bereitet die Verhandlung vor und trifft die zu ihrer Durchführung erforderlichen Maßnahmen, insbesondere
 - a) Einholung ergänzender Stellungnahmen,
 - b) Einholung von Zeugenaussagen und gegebenenfalls Gutachten,
 - c) Anforderung erforderlicher Vorschüsse,
 - d) Ladung der Beisitzer, Parteien und Zeugen.
- (2) Zur Stellungnahme kann eine angemessene Frist gesetzt werden. Bei Nichteinhaltung der Frist kann das Vorbringen als verspätet zurückgewiesen werden, wenn sich dadurch der Verfahrensgang verzögert. Darauf ist bei der Fristsetzung gesondert hinzuweisen.
- (3) Stellt der Vorsitzende fest, dass der allgemeine Kostenvorschuss voraussichtlich nicht zur Abdeckung der Verfahrenskosten ausreicht, kann die Anberaumung der mündlichen Verhandlung von der Einzahlung eines weiteren angemessenen Vorschusses abhängig gemacht werden. Dies gilt insbesondere für die Ladung von Zeugen und die Einholung von Sachverständigengutachten. Hier kann zur Zahlung des Kostenvorschusses eine angemessene Zahlungsfrist gesetzt werden. Nichteinhaltung der Frist kann Verlust des Beweismittels nach sich ziehen. Darauf ist bei Fristsetzung gesondert hinzuweisen.

3.1.5 Beiladung

Sind von einem Verbandsrechtsstreit Dritte betroffen, so sind sie unter Übersendung der Schriftsätze über das Verfahren zu informieren. Sie haben das Recht, im Termin anwesend zu sein, jedoch keinen Anspruch auf Erstattung entsprechender Kosten. Sie können zu dem Verfahren Anträge stellen.

3.1.6 Ablauf der Verhandlung

- (1) Das Verbandsgericht entscheidet in der Regel nach mündlicher Verhandlung. Gegen ordnungsgemäß geladene Beteiligte kann auch in Abwesenheit verhandelt werden.
- (2) Die mündliche Verhandlung wird von dem Vorsitzenden oder seinem Stellvertreter geleitet.
- (3) Über die mündliche Verhandlung ist ein Protokoll zu führen, das den wesentlichen Gang des Verfahrens und insbesondere die Aussagen von Zeugen beinhaltet. Die Entscheidung ist in das Protokoll aufzunehmen. Das Protokoll ist vom Verhandlungsleiter zu unterzeichnen.
- (4) Den Parteien ist ausreichend Gelegenheit zu geben, ihre Standpunkte zu erklären. Eine Entscheidung darf nur auf Tatsachen und Beweisergebnisse gestützt werden, zu denen die Parteien sich äußern konnten.

3.1.7 Entscheidungen

- (1) Das Verbandsgericht entscheidet durch Beschluss oder Urteil endgültig. Während des gesamten Verfahrens ist auf eine gütliche Einigung hinzuwirken.
- (2) Die Entscheidungen werden in geheimer Beratung und Abstimmung getroffen. Die Beschlüsse werden mit einfacher Stimmenmehrheit gefasst. Stimmenthaltung ist nicht zulässig. Bei Stimmgleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden. Das Abstimmungsergebnis ist nicht in das Protokoll aufzunehmen.
- (3) Die Entscheidung ist anschließend vom Verhandlungsleiter zu verkünden und kurz zu begründen. Sie ist spätestens sechs Wochen nach Schluss der Verhandlungen abzusetzen und den Parteien zuzustellen.
- (4) Die Entscheidung muss enthalten
 - a) die Bezeichnung der Parteien und deren Bevollmächtigten,
 - b) Ort und Datum der Verhandlung bzw. die Feststellung, dass im einem **alternativen** Verfahren entschieden wurde,
 - c) die Namen aller mitwirkenden Mitglieder des Verbandsgerichts,
 - d) den Tenor der Entscheidung,
 - e) eine Entscheidung, wer die Verfahrenskosten zu tragen hat und ob der Kostenvorschuss von der DBU zurückzuerstatten ist,
 - f) eine Begründung des Tenors und der Kostenentscheidung,
 - g) die Unterschrift des Verhandlungsleiters.

3.1.8 Alternative Verfahren

- (1) In geeigneten Fällen kann **ein Verfahren auf Grundlage der Tz. 22 der Satzung entsprechend den Bestimmungen der Tzn. 9.5 und 10 Absatz (5) der Satzung durchgeführt und entschieden werden, wenn entweder**
 - a) die Zustimmung der Parteien des Rechtsstreits dazu vorliegt,
 - b) der Vorsitzende der Ansicht ist, dass ein Antrag offensichtlich unzulässig, begründet oder nicht begründet ist,
 - c) in Fällen eines Antrages auf Erlass einer einstweiligen Verfügung.
- (2) Sofern keine Einzelrichterentscheidung zulässig ist, kann die Entscheidung der übrigen Beisitzer im Umlaufverfahren eingeholt werden.
- (3) In den Fällen der **Tz. 3.1.8 Absatz (1) Buchstabe b)** ist dem Betroffenen unter Darlegung der Rechtsauffassung des Vorsitzenden Gelegenheit zur Stellungnahme einzuräumen.
- (4) Die Entscheidung ist spätestens drei Wochen nach Vorliegen der Voraussetzungen abzusetzen und den Parteien zuzustellen.

3.1.9 Einstweilige Anordnungen

- (1) In begründeten Fällen von besonderer Dringlichkeit kann der Vorsitzende auf Antrag ohne Durchführung der mündlichen Verhandlung eine einstweilige Anordnung erlassen.
- (2) Der Gegenpartei soll nach Möglichkeit Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben werden.

- (3) Die besondere Dringlichkeit sowie der zugrundeliegende Anspruch sind glaubhaft zu machen und nach Möglichkeit durch die gleichzeitige Übersendung Unterlagen zu belegen.
- (4) Der unterlegene Teil hat die Möglichkeit, nach Zustellung der Entscheidung des Verbandsgerichts binnen einer Frist von vier Wochen die Durchführung des ordentlichen Verfahrens zu beantragen. Für die Durchführung dieses Verfahrens gelten die allgemeinen Bestimmungen.
- (5) Sollte die Entscheidung des einstweiligen Anordnungsverfahrens abgeändert werden, so bestehen in keinem Falle Regressansprüche gegen die DBU oder die Mitglieder des Verbandsgerichts.

3.1.10 Wiederaufnahme

- (1) Stellt sich nach rechtskräftigem Abschluss des Verfahrens heraus, dass ein Zeuge bewusst die Unwahrheit gesagt hat und beruht die Entscheidung darauf oder findet sich erst nachträglich eine Urkunde auf, aus der sich eine andere Sachbeurteilung ergibt, so hat der Unterlegene das Recht, die Wiederaufnahme des Verfahrens zu betreiben.
- (2) Der Antrag muss binnen vier Wochen nach Kenntnis der geänderten Umstände gestellt werden, es gelten die allgemeinen Regeln.
- (3) Entscheidungen, die länger als ein Jahr zurückliegen, können nicht mehr angefochten werden.

3.2 Sportrat

- (1) Der Sportrat fasst seine Beschlüsse unter dem Vorsitz des Vizepräsidenten Leistungssport bzw. seinem aus der Mitte des Sportrates zu diesem Zweck bestimmten Vertreter mit mindestens der Hälfte seiner Mitglieder gemäß Tz. 13 Abs. (2) der Satzung. Die Beschlüsse werden mit einfacher Stimmenmehrheit gefasst. Stimmenthaltung ist nicht zulässig. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden. Beschlüsse sind spätestens drei Wochen nach Schluss der Verhandlung zuzustellen.
- (2) Der Sportrat trifft seine Entscheidungen als Rechtsorgan in der Regel nach mündlicher Verhandlung. In geeigneten Fällen kann im **alternativen** Verfahren gemäß **Tz. 3.1.8 Absatz (1)** entschieden werden.
- (3) Die Tzn. 3.1.4, 3.1.5 und 3.1.6 finden analoge Anwendung.
- (4) **Der Sportrat bearbeitet Einsprüche gegen Sanktionsentscheidungen der Sportwarte. Gegen Entscheidungen des Sportrates gemäß Satz 1 findet die Beschwerde zum Verbandsgericht statt.**

4 STRAFEN

4.1 Sanktionsgewalt und Strafarten

- (1) Der Sanktionsgewalt der DBU unterliegen ihre Landesverbände und Zugehörige nach Maßgabe der Satzung und der Ordnungen der DBU. Die verbandsinternen Sanktionen werden im Weiteren als Strafen bezeichnet.
- (2) Alle Formen des unsportlichen Verhaltens sowie unter Strafe gestellte Verstöße gegen die Satzung und Ordnungen der DBU werden verfolgt. Das Nähere regeln die Rechts- und Strafordnung, die Finanzordnung, die Sport- und Turnierordnungen, die Anti-Doping-Ordnung, die Jugendordnung und ergänzende Regelungen.
- (3) Als Strafen gegen Landesverbände sind zulässig:
 - a) Verwarnung,
 - b) Geldstrafe bis zu 2.500,00 Euro,
 - c) Ausschluss des Landesverbandes und seiner Zugehörigen vom Spielbetrieb für bestimmte oder alle Meisterschaften oder Maßnahmen der DBU und übergeordneter Verbände bis zur Dauer von zwei Spieljahren,
 - d) Ausschluss aus der DBU.
- (4) Für die Verhängung von Strafen gemäß Absatz (3) Buchstaben a) und b) ist das Präsidium zuständig. Strafen gemäß Absatz (3) Buchstabe c) werden vom Hauptausschuss, Strafen gemäß Absatz (3) Buchstabe d) von der Mitgliederversammlung verhängt. Mitgliederversammlung, Hauptausschuss und Präsidium sind damit Straforgane der DBU.
- (5) Als Strafen gegen Zugehörige sind zulässig:
 - a) Verwarnung,
 - b) Aberkennung von Punkten,
 - c) Geldstrafe bis zu 2.500,00 Euro,
 - d) Ausschluss vom Spielbetrieb für bestimmte oder alle Meisterschaften oder Maßnahmen der DBU und übergeordneter Verbände
 - e) bis zu lebenslange Sperre bei Verstößen gegen die Anti-Doping-Bestimmungen.
- (6) Verwarnungen, Aberkennung von Punkten, Geldstrafen bis zu 500,00 Euro und Ausschluss vom Spielbetrieb für Einzelsportler bis zur Dauer von einem Spieljahr können von den Sportwarten verhängt werden. Darüber hinaus gehende Strafen können vom Präsidium verhängt werden. Das Präsidium und die Sportwarte sind damit Straforgane der DBU.
- (7) Die Landesverbände haften für die gegen ihre Zugehörigen verhängten Geldstrafen.
- (8) Die Strafen können auch nebeneinander verhängt werden.
- (9) Im Falle von Verstößen gegen die Anti-Doping-Bestimmungen der DBU, soweit die DBU gemäß Anti-Doping-Bestimmungen die zuständige Anti-Doping-Organisation ist, ergeben sich die jeweiligen Strafen aus der Anti-Doping-Ordnung der DBU.

4.2 Verfahren bei Ausschluss aus der DBU

- (1) Über den Ausschluss eines Landesverbandes aus der DBU entscheidet die Mitgliederversammlung.
- (2) Das Ausschlussverfahren kann nur auf Beschluss des Präsidiums oder eines Landesverbandes eingeleitet werden.

- (3) Der Antrag auf Einleitung des Ausschlussverfahrens soll mindestens zwei Monate vor Stattfinden der Mitgliederversammlung auf der Geschäftsstelle eingehen und mit einer Begründung versehen sein. Beweismittel sind beizufügen, Zeugen zusammen mit dem Antrag zu benennen. Der Antrag ist allen Landesverbänden unverzüglich zuzuleiten. Die Zuleitung an den betroffenen Landesverband erfolgt gegen Zustellungsnachweis unter Hinweis darauf, dass im Falle seines Fernbleibens auch in seiner Abwesenheit verhandelt werden kann.
- (4) Anträge zu diesem Tagesordnungspunkt können mit einer Frist bis zu zwei Wochen vor Stattfinden der Mitgliederversammlung bei der Geschäftsstelle eingereicht werden.
- (5) Die Vorbereitung und Leitung der Verhandlung obliegt dem Präsidenten, im Falle seiner Verhinderung einem der Vizepräsidenten. Dieser lädt die benannten Zeugen, er kann auch von Amts wegen Beweiserhebungen durchführen.
- (6) Auf der Mitgliederversammlung hat zunächst der Antragsteller das Recht zur mündlichen Erläuterung, der Antragsgegner zur Erwiderung.
- (7) Dem Präsidenten, den übrigen Präsidiumsmitgliedern und sodann den Landesverbänden steht in dieser Reihenfolge das Fragerecht zu. Zeugen werden zunächst vom Präsidenten vernommen. Dem Antragsteller, dem Antragsgegner, den übrigen Mitgliedern des Präsidiums und den Landesverbänden steht in dieser Reihenfolge das Fragerecht zu.
- (8) Die Entscheidung über den Ausschluss erfolgt durch 2/3 Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen. Antragsteller und Antragsgegner sind nicht stimmberechtigt.
- (9) Zur Entscheidungsfindung kann auch entsprechend Tz. 9.2. Abs. (2) der Satzung eine außerordentliche Mitgliederversammlung einberufen werden. Hierbei gelten die vorgenannten Fristen.

4.3 Verfahren bei Verhängung von Strafen durch die Straforgane

Straforgane der DBU sind

- a) die Sportwarte,
- b) das Präsidium,
- c) der Hauptausschuss,
- d) die Mitgliederversammlung.

Sie sprechen die von ihnen zu verhängenden Strafen auf Antrag oder aus eigener Initiative per Strafbescheid aus. Der Strafbescheid ist mit einer Rechtsmittelbelehrung zu versehen.

4.4 Rechtsgrundlagen

- (1) Rechtsgrundlage für den Ausspruch von Strafen ist insbesondere Tz. 4.1 Abs. (1) und Abs. (2). Zu ahndende Tatbestände können auch in nachrangige Ordnungen sowie in die Ausschreibungen für Einzel- und Mannschaftswettbewerbe sowie von Turnieren aufgenommen werden.
Straftatbestände, die schon durch Satzung, Ordnungen, Ausschreibungen bzw. durch Beschlüsse der Organe der DBU konkretisiert sind, können als Anlage in einem Katalog aufgeführt und hinsichtlich ihrer Ausgestaltung weitergehend definiert werden.
- (2) Strafverschärfungen können in nachrangigen Bestimmungen nicht vorgenommen werden.
- (3) Durch Austritt kann sich der Betroffene der Bestrafung nicht entziehen; die Strafe wirkt bei Wiedereintritt fort.

4.5 Sofortige Vollziehung

In offensichtlichen Fällen kann das zuständige Organ die sofortige Vollziehung der von ihm verhängten Strafe anordnen. Ein Einspruch hat in diesem Fall keine aufschiebende Wirkung. Dem Betroffenen steht gegen die Anordnung der sofortigen Vollziehung das Recht gemäß Tz. 3.1.9 (einstweilige Anordnung) zu. Der Antrag auf Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung kann nur in Verbindung mit dem Hauptantrag bzw. später gestellt werden. Wenn der Hauptantrag schlüssig scheint und besondere Nachteile glaubhaft gemacht werden, kann die aufschiebende Wirkung vom Vorsitzenden angeordnet werden. Der Kostenvorschuss fällt nur einmal an.

5 INKRAFTTRETEN

Die vorstehende Rechts- und Strafordnung wurde vom Hauptausschuss am 08.05.2021 geändert und tritt mit sofortiger Wirkung in Kraft.

Anlage 1

Katalog gemäß Tz. 4.4 Absatz (1)

Mannschaftsmeisterschaften			
Tatbestand		Sanktion	
		EURO	weitere Sanktion
1 Nichtantreten im Bundessportbetrieb je Begegnung			
1.1	1. Vergehen	500 €	Verlust des Mannschaftsspiels mit höchstmöglichem Ergebnis
1.2	2. Vergehen	500 €	Verlust des Mannschaftsspiels mit höchstmöglichem Ergebnis
1.3	3. Vergehen	500 €	Disqualifikation und Streichung aller Ergebnisse
1.4	Spielverlegungen (je Verstoß je Mannschaft)	500 €	beide Mannschaften und alle Sportler erhalten NULL Punkte
1.5	Meisterschaften (DM / Pokal)	500 €	Disqualifikation
2 Meldung / Abmeldung von Mannschaften			
2.1	Abmeldung von Mannschaften	1.500 €	Disqualifikation und Aberkennung des Platzes in der Endrangliste
2.2	Abmeldung von Mannschaften der DM / DJM nach Meldeschluss ohne Nachweis	500 €	
2.3	Fehlerhafte oder fehlende erforderliche Angaben in Meldungen gemäß Ausschreibung	50 €	
3 Spielbericht / Ergebnismeldung bzw. -eingabe			
3.1	Nicht- oder verspätete Abgabe des Spielberichtsbo- gens am Ende der Saison	50 €	
3.2	Nichteingabe der Ergebnismeldung bzw. nicht fristge- rechte Eingabe im Online-Portal der DBU	50 €	
3.3	Fehlende Unterschrift auf dem Spielberichtsbogen oder unvollständiger Spielberichtsbogen	25 €	
3.4	fehlerhafte Ergebniseingabe im Online-Portal der DBU (je fehlerhaftem Spieltag)	25 €	
3.5	Nichtbenutzung des von der DBU vorgegebenen Spielberichtsbo gens	25 €	
4 Verweigerung der Tätigkeit als Schiedsrichter / Spielleiter oder Nicht-Bereitstellung von Schiedsrichtern			
4.1	Nicht-Bereitstellung von Schiedsrichtern / Spielleitern in der Bundesliga / Regionalliga / bei DMM	250 €	Strafe an Heimmannschaft je Tatbestand
4.2	Verweigerung der Tätigkeit als Schiedsrichter / Spiel- leiter für andere Wettbewerbe	100 €	Strafe an Heimmannschaft je Tatbestand
5 Teilnahme an einem nicht genehmigten Turnier			
5.1 Nationaler Bezug			
5.1.1	1. Verstoß	250 €	
5.1.2	2. Verstoß	---	Sperre der Sportler der Mannschaft für mindestens 1 Jahr
5.2 Internationaler Bezug			
5.2.1	1. Verstoß	500 €	
5.2.2	2. Verstoß	---	Sperre der Sportler der Mannschaft für mindestens 1 Jahr

Anlage 1

Katalog gemäß Tz. 4.4 Absatz (1)

noch Mannschaftsmeisterschaften

Tatbestand		Sanktion	
		EURO	weitere Sanktion
6 Sonstiges			
6.1	Verstoß gegen DBU-Werberichtlinien	---	Disqualifikation nach fortgesetztem Verstoß gemäß Tz. 3 Absatz (7) der DBU-Werberichtlinien
6.2	Verstoß gegen die Vorgaben bzgl. bezüglich Streaming in Ausschreibungen	250 €	
6.3	Austragen von Wettbewerben auf / mit nicht genehmigtem Material	250 €	
6.4	unsportliches Auftreten / Verhalten	100 €	ggf. Sperre bis zu 1 Jahr
6.5	Nichtbefolgen von Anweisungen von Betreuern auf Maßnahmen	100 €	ggf. Sperre bis zu 1 Jahr

Einzelmeisterschaften

7 Nichtantreten von Sportlern im Bundessportbetrieb			
7.1	1. Vergehen	50 €	Disqualifikation für die jeweilige Disziplin
7.2	2. Vergehen	75 €	Disqualifikation und ggfs. Sperre bis zu einem 1 Jahr (nach Disziplin)
7.3	Deutsche Meisterschaft der Erwachsenen	100 €	Disqualifikation und ggfs. Sperre bis zu einem 1 Jahr (nach Disziplin)
8 Meldung / Abmeldung von Sportlern			
8.1	Abmeldung von Sportlern der DM / DJM nach Meldeschluss ohne Nachweis	25 €	
8.2	Fehlerhafte oder fehlende erforderliche Angaben in Meldungen gemäß Ausschreibung	50 €	
9 Teilnahme an einem nicht genehmigten Turnier			
9.1 Nationaler Bezug			
9.1.1	1. Verstoß	250 €	
9.1.2	2. Verstoß	---	Sperre für 1 Jahr
9.2 Internationaler Bezug			
9.2.1	1. Verstoß	500 €	
9.2.2	2. Verstoß	---	Sperre für min. 1 Jahr oder analog internationaler Verband [falls länger als 1 Jahr]
10 Sonstiges			
10.1	Verstoß gegen Werberichtlinien	---	Disqualifikation nach fortgesetztem Verstoß gemäß Tz. 3 Absatz (7) der Werberichtlinien
10.2	Verstoß gegen die Vorgaben bzgl. bezüglich Streaming in Ausschreibungen	250 €	ggf. können auf Verantwortliche Schadenersatzforderungen zukommen
10.3	Nichtteilnahme an vorgeschriebener Sportmedizinischer Grunduntersuchung	100 €	
10.4	unsportliches Auftreten / Verhalten bei Maßnahmen	100 €	ggf. Sperre bis zu 1 Jahr
10.5	Nichtbefolgen von Anweisungen von Betreuern auf Maßnahmen	100 €	ggf. Sperre bis zu 1 Jahr

